

GRÜNES FRANKFURT

Zeitung der GRÜNEN im Römer

Ausgabe Herbst 2017

Inhalt

- Editorial
- Frankfurt wird grüner: 10 Millionen Euro für eine klimagerechte Stadt
- Großes Theater, kleines Theater – vielfältige Bühnen für die Stadt
- 13-Punkte-Plan für mehr Tempo bei der E-Mobilität
- 100 Jahre Frauenwahlrecht – und es gibt noch genug zu tun
- Frankfurt ökologisch, sozial und mit Qualität weiterbauen
- Der Bau geförderter Wohnungen geht weiter
- Gemeinschaftliches Wohnen gestärkt
- Fairtrade in Frankfurt mit neuem Schwung
- Cannabis endlich entkriminalisieren
- Beuys in der Fraktion
- Haushalt 2017: Eine lebenswerte Stadt für alle
- Grün vorbereitet: Viele neue Schulen gehen an den Start
- Geflüchtete bei der Integration unterstützen
- 365-Euro-Jahreskarte für Frankfurt einführen
- Das Denkmal der Grauen Busse
- Kontakt

Liebe Leserin,

lieber Leser,

Grün wirkt in Frankfurt seit vielen Jahren und in ganz unterschiedlichen Konstellationen, und das sehr erfolgreich. Natürlich finden wir nicht immer gleich für alle Ideen Mehrheiten und auch wir werden ungeduldig, wenn einige Projekte eher schleppend anlaufen. Wir bleiben aber beharrlich für unsere Ideen am Ball, auch als einer von drei Partnern in der jetzigen Koalition.

Mit unserer Fraktionszeitung möchten wir Ihnen einen Einblick in unsere tägliche Arbeit für ein ökologisches, solidarisches und vielfältiges Frankfurt geben. Die Themen sind breit gestreut und durch und durch grün: vom 10 Millionen Euro schweren Klimafonds über vielfältige Bühnen für die Stadt bis zu sauberer und bezahlbarer Mobilität.

Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre!

Manuel Stock

Fraktionsvorsitzender

Frankfurt wird grüner: 10 Millionen Euro für eine klimagerechte Stadt

Dass der Klimawandel nicht nur kommen wird, sondern dass wir jetzt schon mit ihm zu leben haben, ist unbestritten: heftige Regenschauer, vollgelaufene Keller, schlaflose tropische Nächte, Waldbrandgefahr im Stadtwald und braune Wiesen am Mainufer wegen langanhaltender Trockenheit. Wir konnten uns in Frankfurt dieses Jahr wieder davon überzeugen, was in den kommenden Jahren auf uns zukommen wird. Und zwar noch häufiger.

Für Frankfurt ergibt sich nach Aussagen des Deutschen Wetterdienstes bis zum Jahr 2050 eine Zunahme der mittleren jährlichen Anzahl von Sommertagen von derzeit etwa 44 Tagen pro Jahr um bis zu 31 Tage. Damit wird Mitte des Jahrhunderts im Sommerhalbjahr jeder zweite bis vierte Tag in Frankfurt wärmer als 25 Grad Celsius sein. Auch die Zahl der heißen Tage mit Höchstwerten über 30 Grad und der so genannten Tropennächte, in denen die Temperatur nicht unter 20 Grad absinkt, wird zunehmen. Gleiches gilt für Starkregenereignisse, also Fälle, in denen große Wassermassen in kurzer Zeit vom Himmel fallen.

Eine große Aufgabe für die Stadt der Zukunft ist somit neben dem Klimaschutz auch die Anpassung an den Klimawandel. Denn Frankfurt ist für dieses Klima einfach nicht geplant worden. Bei Neubauplanungen ist diese Aufgabe schon leichter zu bewältigen, aber in einer hoch verdichteten, wachsenden Stadt im Bestand ist noch viel zu tun. Hierbei geht es nicht nur um die Anpassung des Öffentlichen Raums, schließlich befinden sich große Teile der Flächen und Gebäude in privater Hand.

Für uns GRÜNE war es daher wichtig, einen städtischen Klimafonds im Koalitionsvertrag zu vereinbaren und mit einer konkreten Summe Geld zu hinterlegen. Das haben wir erfolgreich geschafft und so heißt es im Koalitionsvertrag:

„Frankfurt legt einen Klimafonds in Höhe von 10 Mio. € für die nächsten fünf Jahre auf. In diesen Fonds fließen jährlich 2 Mio. € aus dem städtischen Haushalt. Weitere Mittel von Privaten, Stiftungen sowie aus Landes-, Bundes- oder EU-Programmen können eingeworben werden. Mittel aus diesem Programm sollen genutzt werden, um derzeit versiegelte öffentliche Plätze zu entsiegeln und zu begrünen sowie klimafreundliche Maßnahmen im Gebäudebestand zu fördern. Mit Fördermitteln aus dem Programm werden wir unter Berücksichtigung sozialer Komponenten insbesondere in kurzer Zeit 100 Dachbegrünungen, 100 Hofbegrünungen und 100 innovative Projekte wie Sonnensegel, Pergolen oder Trinkbrunnen fördern.“

Wie wichtig solche Investitionen sind, spüren wir an den extrem heißen Tagen im Sommer, die von Jahr zu Jahr zunehmen. Klimaanpassung bedeutet vor allem mehr Grün. Wir wollen mit dem Förderprogramm private Hauseigentümerinnen und -eigentümer und Wohnungsgesellschaften ermutigen, für ein angenehmes Klima im direkten Wohnumfeld zu sorgen.

Bereits in diesem Jahr hat die Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Vorlage der GRÜNEN Umweltdezernentin Rosemarie Heilig beschließen können. Das Angebot der Kommune ist attraktiv: Nach den

Richtlinien des Förderprogramms übernimmt die Stadt Frankfurt 50 Prozent der Kosten, außerdem wird eine kostenlose Beratung angeboten. Gefördert werden soll zunächst in den Stadtquartieren, die laut Klimaplanatlas besonders von Überwärmung betroffen sind. Das gilt bereits für mehr als ein Viertel des Stadtgebiets, insbesondere für Stadtteile innerhalb des Alleenrings.

Der positive klimatische Effekt von Begrünungen auf das Wohnumfeld ist nachgewiesen. Es geht uns darum, das Klima und die Aufenthaltsqualität des direkten Wohnumfeldes und des umliegenden Stadtquartiers zu verbessern. Wir arbeiten an einer lebenswerten Stadt für alle.

Kontakt: Stadt Frankfurt am Main, Umweltamt, Galvanistraße 28, 60486 Frankfurt am Main, Umwelttelefon: 069/212-39100, umwelttelefon@stadt-frankfurt.de

Großes Theater, kleines Theater – vielfältige Bühnen für die Stadt

Die Erhöhung der Mittel für die „Freien Theater“ um 2 Millionen Euro, die Sanierung oder der Neubau der Städtischen Bühnen mit Kosten von bis zu 880 Millionen Euro und die Prüfung, ob das Zoo-Gesellschaftshaus der künftige Ort eines eigenständigen Kinder- und Jugendtheaters sein kann – die Kulturpolitik wird auch in dieser Wahlperiode für uns GRÜNE ein zentrales Thema sein.

In Zeiten des zunehmenden (Rechts-)Populismus haben die Künste erst recht die wichtige Aufgabe, der Gesellschaft Möglichkeiten zu verschaffen, sich selbst den Spiegel vorzuhalten, Lebensstile zu reflektieren, Identitätsangebote zu produzieren und Orientierungen bereitzustellen. Kulturpolitik ist somit auch Gesellschaftspolitik, weshalb es heute noch wichtiger ist, für Kunst und Kultur geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen.

In der vergangenen Wahlperiode haben wir ein transparenteres Vergabeverfahren für die „Freien Theater“ durchgesetzt und mit dem Haushalt 2017 folgte der nächste Schritt: zusätzliche 2 Millionen Euro für die „Freien Theater“. Ein großer Erfolg, auf den wir mächtig stolz sind. Darüber hinaus konnten weitere 2 Millionen Euro für die anderen Sparten der „Freien Kultur“ im Haushalt verankert werden.

Die schwierige Arbeit des Frankfurter Theaterbeirates hat sich bewährt, seine Arbeitsbedingungen wollen wir weiter verbessern. Auch die herausragende Arbeit des Mousonturms konnten wir stärken sowie die Arbeit des LAB Frankfurt strukturell absichern.

Der Zustand der Theaterdoppelanlage von Schauspiel und Oper hat die öffentliche Theaterdebatte der letzten Monate geprägt. Hier liegen mit dem detaillierten und „ehrlichen“ Gutachten – es wurden zu erwartende Kostensteigerungen genauso wie die nötigen Ausweichspielstätten offensiv eingepreist – atemberaubende Zahlen auf dem Tisch. Wir werden die dort gesetzten Eckpunkte, Sanierungsfähigkeit des Gebäudes, zugrundeliegendes Raumprogramm, alternative Ideen (Verlagerung von Technik die Tiefgarage) oder Realisierung von Büroflächen an anderer Stelle, sorgfältig prüfen. Am Ende muss eine gute Lösung für die Bühnen stehen, um sie baulich fit für die Zukunft zu machen.

An einem Punkt haben wir uns klar positioniert: der Standort der Städtischen Bühnen muss im Herzen der Stadt, den Main im Rücken und das Bankenviertel im Blick, am Willy-Brandt-Platz bleiben.

Mit dem Zoo-Gesellschaftshaus gibt es in der langen Diskussion über ein eigenständiges Kinder- und Jugendtheater einen idealen Ort: in der Mitte der Stadt, bestens zu erreichen. Es wird zurzeit geprüft, ob die nötigen Räume zu realisieren wären, um ein herausragendes Kinder- und Jugendtheater für das 21. Jahrhundert, für Zweijährige wie für wilde Teenager, dort zu realisieren ist.

13-Punkte-Plan für mehr Tempo bei der E-Mobilität

Für saubere Luft und eine lebenswerte Stadt braucht es die Verkehrswende. Neben dem Ausbau des ÖPNV sowie der Förderung von Fuß- und Radverkehr muss die Elektromobilität konsequent gefördert werden. Zwar gibt es seit über einem Jahr endlich Förderprogramme von Bund und Land für E-Busse, aber der aktuelle Verkehrsdezernent setzt bei den Bussen leider weitestgehend auf die Vergangenheit. Und auch ansonsten hinkt Frankfurt bei der E-Mobilität hinterher, während andere Städte mutig vorangehen. Es ist höchste Zeit, die nun endlich vorhandenen Möglichkeiten zu einem grundlegenden Wechsel hin zu emissionsfreien Antrieben voll zu nutzen.

Die GRÜNE-Fraktion hat daher einen 13-Punkte-Plan für mehr Tempo bei der E-Mobilität beschlossen und wirbt jetzt in der Koalition mit CDU und SPD für dessen Umsetzung. Mit unserem umfassenden Plan für Busse, Taxen, den städtischen Fuhrpark, die zugehörige Infrastruktur sowie begleitenden Anreizen für Wirtschaft und Privatleute wollen wir erreichen, dass auch in Frankfurt der Wandel zur emissionsfreien Mobilität endlich wirksam und flächendeckend eingeleitet wird.

Während Darmstadt und Wiesbaden ihre Dieselfusse in einigen Jahren komplett in den Ruhestand schicken, hat Frankfurt lediglich fünf Elektrobusse für die Linie 75 bestellt. Wir wollen, dass auch Frankfurt mutig in die Zukunft geht und Busse mit Elektro- oder Wasserstoffantrieb Bedingung sind für zukünftige Ausschreibungen und Direktvergaben. Darüber hinaus wollen wir ein Pilotprojekt für emissionsfreie Taxis sowie den städtischen Fuhrpark und den der städtischen Gesellschaften sukzessive auf emissionsfreie Fahrzeuge umstellen. Es braucht darüber hinaus ein Konzept, wie die Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum ausgebaut werden kann. In Neubaugebieten haben wir jetzt die Chance, die Lademöglichkeiten von Anfang an zu berücksichtigen, im öffentlichen Raum wie auch in privaten Tiefgaragen.

Wir wollen auch seitens der Stadt Anreize für die Anschaffung von Fahrzeugen mit E-Kennzeichen schaffen. Daher wollen wir durchsetzen, dass Fahrzeuge mit E-Kennzeichen kostenlos parken und Bus- und Taxispuren nutzen können.

Unseren 13-Punkte-Plan finden Sie in voller Länge unter <http://gruenlink.de/1drq>.

100 Jahre Frauenwahlrecht – und es gibt noch genug zu tun

Deutschland wird im Jahr 2018 das 100-jährige Frauenwahlrecht feiern. Für dieses Recht hatte vor allem die erste Frauenbewegung erfolgreich gekämpft, die sich rund um die Frankfurter Nationalversammlung 1848 in Form erster politischer Frauenvereine zu organisieren begann. Doch nicht nur in Parlamenten wird Politik gemacht. Frauen- und Mädchenrechte werden und wurden häufig außerhalb der Parlamente erstritten.

Die 68er-Bewegung jährt sich ebenfalls 2018 und somit kann auch auf 50 Jahre zweite Frauenbewegung zurückgeblickt werden. Ein Tomatenwurf in Frankfurt als Protest gegen das Ignorieren frauenpolitischer Themen innerhalb der Studentenbewegung war 1968 das Startsignal für eine neue Welle der Frauenbewegung im Westen Deutschlands. Das Eintreten für politische Rechte und Teilhabe hat in Frankfurts frauenbewegter Geschichte eine lange Tradition.

Wir wollen diese Anlässe nutzen, um folgende Fragen ins Zentrum zu rücken und zu diskutieren: Wofür kämpften Frauenrechtlerinnen und Feministinnen vor 100 Jahren? Wofür vor 50 Jahren? Wofür kämpfen wir heute? Und in Zukunft?

Frauendezernentin Rosemarie Heilig wird auch in Zukunft Projekte und Diskussionen in Frankfurt initiieren, die Hindernisse und Hürden bei der politischen Beteiligung von Frauen und Mädchen aufdecken, Lösungen anbieten und gute Beispiele verbreiten. Denn die Kämpfe für Frauen- und Mädchenrechte sind weder lange her noch ausgekämpft. „Das Private ist politisch!“, dies deutlich zu machen war das zentrale Anliegen der Frauenbewegung. Dafür stehen Feminist*innen noch heute ein und bringen gesellschaftliche Veränderungen voran.

In Zeiten des Rechtspopulismus sind die Rechte von Frauen leider nicht mehr selbstverständlich. Es ist wieder an der Zeit, gemeinsam für diese Rechte und Freiheiten auf die Straße zu gehen. Demokratie geht alle Menschen an! Alle sind gefragt und aufgefordert, für eine gerechte Gesellschaft einzustehen und rückwärtsgewandte, sexistische und rassistische Politik zu verhindern.

Es gibt noch genug zu tun: Unser gemeinsames Ziel ist ein unabhängiges, gleichberechtigtes und gewaltfreies Leben für alle Frauen und Mädchen. In Frankfurt und überall.

Frankfurt ökologisch, sozial und mit Qualität weiterbauen

Frankfurts Wachstum bleibt weiterhin ungebrochen: Jährlich kommen rund 15.000 neue Frankfurterinnen und Frankfurter hinzu. Die Folge: steigende Miet- und Kaufpreise für Wohnungen. Damit niemand aus der Stadt verdrängt wird, müssen wir weiterhin gegensteuern.

Die Stadt war in den letzten Jahren sehr aktiv. Der Großteil neuer Wohnungen kam durch die Umnutzung von Gewerbe- und Büroflächen hinzu. Zum Beispiel entwickelt sich die ehemalige Bürostadt Niederrad, jetzt Lyoner Viertel, rasant zu einem gemischten Quartier mit bald ca. 1.200 Wohnungen. Auch dem ehemaligen Avaya-Areal im Gallus steht nun die Umnutzung bevor. Die Satzung für den Bebauungsplan ist beschlossen, nun kann der Bau von ebenfalls 1.200 Wohnungen beginnen. Dort entstehen 30 Prozent geförderte Wohnungen, Wohnungen für Studierende, Mehr-Generationen-Haus, Kitas. Konversion ist eine nachhaltige Art der Flächennutzung, da keine zusätzlichen Flächen versiegelt werden müssen. Ganz ohne neue Baugebiete wird das Wachstum Frankfurts aber nicht zu bewältigen sein.

Umso wichtiger ist es, auf eine möglichst nachhaltige Entwicklung zu achten. Wir wollen die Lebensqualität und grüne Freiflächen sichern und ausbauen, auch der GrünGürtel soll wachsen. Neuen Wohnraum wollen wir in einer ausgewogenen sozialen Mischung und von hoher städtebaulicher und ökologischer Qualität schaffen. Das Stadtklima und eine gute Anbindung an den ÖPNV müssen die entscheidenden Punkte bei der Auswahl von Baugebieten sein.

Aktuell befinden sich viele Baugebiete in unterschiedlichen Planungsstadien. Kürzlich wurde der städtebauliche Ideenwettbewerb zum „Innovationsquartier“ als Teil des Ernst-May-Viertels abgeschlossen. Trotz dichter Bebauung sichert der Siegerentwurf viele Gärten und öffentliches Grün. Er überzeugt auch in klimatischer Hinsicht, da das Quartier und die benachbarten Stadteile weiterhin mit Kalt- und Frischluft versorgt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die geplante Einhausung der Autobahn A 661 länger als die Minimalvariante mit 400 Metern wird, so können die Stadtteile Bornheim und Seckbach wieder zusammen wachsen.

Mit dem Hilgenfeld entsteht ein ökologisch beispielhaftes Quartier mit einer engen Verzahnung der Bebauung mit dem GrünGürtel und einem hohen Anteil gemeinschaftlichen Wohnens, für das wir GRÜNE uns besonders einsetzen.

Den Planungen für einen neuen Stadtteil zwischen Niederursel, Praunheim, Steinbach und Oberursel stimmen wir im Grundsatz zu. Die nun beginnende Untersuchung soll zeigen, welche Rahmenbedingungen einer Planung ein kluges städtebauliches und regionalplanerisches Konzept berücksichtigen muss. Den Mehrwert einer Bebauung auch westlich der Autobahn A5 sehen wir in der dann möglichen vielfältigen Infrastruktur mit sozialen und Bildungseinrichtungen. Wir schlagen vor, das Gebiet mit zwei grünen Landschaftsbrücken über

die Autobahn hinweg zu verbinden – ohnehin muss der schon jetzt dringend benötigte Lärmschutz realisiert werden.

Neben der Konversion und der Bereitstellung von neuem Bauland wird die Nachverdichtung ein wichtiger Baustein zur Schaffung von neuem Wohnraum bleiben. Die Platensiedlung in Ginnheim sehen wir als überzeugendes Beispiel, wie neuer Wohnraum entstehen und die bisherige Siedlung davon auch städtebaulich profitieren kann.

Der Bau geförderter Wohnungen geht weiter

In Neubaugebieten, in denen die Stadt Planungsrecht schafft, ist vorgegeben, dass 30 Prozent der Wohnungen im geförderten Wohnungsbau errichtet werden müssen. Die eine Hälfte im ersten Förderweg, der klassischen Sozialwohnung, die andere Hälfte im zweiten Förderweg. Das ist ein spezielles Frankfurter Programm für Personen, die zu viel für eine Sozialwohnung verdienen, aber trotzdem Schwierigkeiten haben, sich auf dem Wohnungsmarkt zu versorgen. Diese Zielsetzung, die wir GRÜNE in der Vergangenheit durchgesetzt haben, wird von der neuen Stadtregierung konsequent weiter verfolgt.

Beide Förderwege wurden innerhalb des letzten Jahres überarbeitet. Statt wie bisher nur als Darlehen kann in beiden Programmen die Förderung nun auch mittels Zuschüssen erfolgen. Damit soll das Programm in der aktuellen Niedrigzinsphase attraktiver werden. Neben der Passivhausbauweise sind nun auch energetisch gleichwertige oder höherwertige Bauten förderfähig. Im zweiten Förderweg gibt es noch zusätzliche Änderungen: Die Bemessungsgrenzen wurden stark ausgeweitet und neu gruppiert, so dass jetzt wesentlich mehr Menschen eine solche Wohnung beziehen können. Zudem gibt es keinen vom Mietspiegel abhängigen Mietzins mehr, sondern feste Quadratmeterpreise. Die Belegungsbindung wurde auf 30 Jahre verlängert.

Mit diesen beiden Programmen soll gewährleistet werden, dass zukünftig der Bestand an klassischen Sozialwohnungen wieder zunehmen kann. In den letzten Jahren konnte der rapide Verlust an Sozialwohnungen zumindest stark abgebremst werden. Mit den vielen Baugebieten, die sich aktuell in verschiedenen Planungsphasen befinden, muss nun daran gearbeitet werden, diese Zahl wieder auszubauen. Auch der Ankauf von Belegrechten trägt hierzu einen Teil bei.

Gemeinschaftliches Wohnen gestärkt

Gemeinschaftliche und innovative Wohnprojekte werden immer beliebter. Als Anker und Impulsgeber guter Nachbarschaften im Stadtteil haben sie eine enorme Bedeutung. Zudem tragen sie zu einer wünschenswerten Vielfalt des Wohnens bei und haben durch weitergehendes Engagement positive Auswirkungen auf die Nachbarschaft.

Um das gemeinschaftliche Wohnen zu fördern, haben wir in der letzten Wahlperiode einen Liegenschaftsfonds auf den Weg gebracht und auf unsere Initiative hin mit dem Haushalt 2017 um eine Millionen auf jetzt 7,8 Millionen Euro aufgestockt. Mit seiner Hilfe werden brachliegende und mindergenutzte Flächen in Frankfurt entwickelt und über ein Vergabeverfahren an gemeinschaftliche Wohnprojekte vergeben. Die ersten Projekte sind bereits in der Realisierung.

Fairtrade in Frankfurt mit neuem Schwung

Frankfurt ist seit 2011 mit dem Titel „Fairtrade Town“ ausgezeichnet: unser Ansporn, in diesem Bereich ständig besser zu werden. Bislang war der Oberbürgermeister für das Thema zuständig und Fair Trade führte eher ein Schattendasein, der Titel stand zur Disposition. Mit einer neuen „Koordinierungsstelle Fairtrade“ unter der Federführung von Personal- und Gesundheitsdezernent Stefan Majer wird es jetzt wieder neuen Schwung geben. Gemeinsam mit der Steuerungsgruppe aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik werden neue Ideen und Aktivitäten entwickelt und umgesetzt werden. Faire Entlohnung, Einhaltung von Sozialstandards und gute Arbeitsbedingungen sind regional wie global wichtig und ein wesentlicher Baustein zur Bekämpfung von Fluchtursachen. Die öffentliche Hand hat insbesondere in der Beschaffung eine Vorbildfunktion und kann mit einem großen Auftragsvolumen auch das Marktangebot entsprechend beeinflussen. „Der verstärkte Einsatz von nachhaltig produzierten und gehandelten Produkten in der Stadt ist eine Querschnittsaufgabe, wo die Mithilfe aller Magistratskolleginnen und -kollegen gefragt ist“, so Stefan Majer.

Bereits neu geregelt ist die Anlagestrategie der städtischen Zusatzversorgungskasse (ZVK) für die Betriebsrenten, damit es in den nächsten vier Jahren möglich wird, etwa 75 Millionen Euro in nachhaltige und faire Anlagen zu investieren. Das Vermögen ist heute rund zehn Mal so groß und im Wesentlichen in Anleihen angelegt, ein Teil noch in Aktien, die die Erwartungen nicht gehalten haben. Im Rahmen der neuen Strategie können jetzt bis zu 10 Prozent des Vermögens in Fonds mit festen Kriterien zum Umgang mit natürlichen Ressourcen, der Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung sowie beispielhaften Strukturen und Praktiken in der Unternehmensführung selbst investiert werden. Die ZVK wird beispielsweise nicht in Tabak- oder Waffenproduzenten anlegen sowie in Unternehmen, die irrsinnig viel Wasser verbrauchen oder Unmengen Kohlendioxid in die Atmosphäre blasen. Auch in Firmen, die in Betrugsfälle verwickelt waren, grundlegende Mitbestimmungsrechte oder gar die Sicherheit ihrer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen missachten, wird die ZVK nicht mehr anlegen. Nachhaltig sind diese Anlagen aber auch aus einem anderen Grund: sie sind risikoärmer und versprechen stabilere Erträge als klassische Anlagen.

Cannabis endlich entkriminalisieren

Es ist an der Zeit, das Denken über und das Verständnis von Cannabis zu aktualisieren. Vom strikten Label aus dem Jahr 1970, das Cannabis als illegale Droge etikettiert, dem es nur um Kriminalisierung, um Vorverurteilung ging, hat nur der organisierte Drogenhandel profitiert. Insbesondere das medizinische Wissen, Cannabis für die Gesundheit der Menschen zu nutzen, wurde zu lange nicht genutzt.

Die Fachtagung zum Thema „Cannabis und Cannabinoide in der Medizin“ im Mai 2017, veranstaltet von der Arbeitsgemeinschaft Cannabis als Medizin in Zusammenarbeit mit der Landesärztekammer Hessen und dem Gesundheitsdezernat Frankfurt, war ein voller Erfolg. Über 200 Ärzt*innen haben sich über die Verbesserung der Versorgung schwerkranker Patient*innen informiert und die therapeutischen Potentiale von Cannabis z. B. in der Schmerztherapie oder in der Behandlung neurologischer Erkrankungen besser kennen gelernt. Es wurde deutlich, dass im Gesetz noch an einigen Punkten nachgebessert werden muss und auch die bürokratischen Hürden im Zusammenhang mit der Finanzierung der Therapie durch die Krankenkassen abgebaut werden müssen.

Programme zur Konsumvermeidung oder -reduzierung bei Jugendlichen sind von großer Bedeutung. Das innovative Projekt „Blended Counseling“ (www.rauchmelder-bac.de), dessen Förderung wir mit dem Haushalt 2017 gesichert haben, richtet sich an Jugendliche, die in ihrem Alltag schon regelmäßig Cannabis konsumieren und Schwierigkeiten im Alltag oder in der Schule haben. Das Projekt fördert die kritische Reflexion des eigenen Konsums und reduziert durch die Wissensvermittlung über die konsumierten Substanzen den Konsum und das Risikoverhalten. Zudem vermittelt und unterstützt es schadensminimierende und zum Ausstieg motivierende Verhaltensweisen.

Wir GRÜNE wollen die Tradition des Frankfurter Weges fortsetzen und die (weitere) Enttabuisierung von Cannabis erreichen, weil Prävention für Jugendliche erst dann gut funktionieren kann, wenn sie über Cannabis offen sprechen können. Der zweite Baustein für einen wirksamen Jugendschutz ist für uns GRÜNE die Beendigung der Kriminalisierung erwachsener Cannabiskonsument*innen und die staatlich kontrollierte und regulierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene, denn das trocknet auch den Schwarzmarkt aus.

Beuys in der Fraktion

Der Kunstsammler Robert Funcke hat im März 2017 der Landtags- und der Römerfraktion je ein mit dem Joseph-Beuys-Kunstwerk „Der Unbesiegbare“ gestaltetes GRÜNEN-Plakat aus der Gründerzeit der Partei übereignet. Die Exemplare haben einen Ehrenplatz in den Fraktionsräumen erhalten.

Joseph Beuys, einer der bedeutendsten Künstler des 20. Jahrhunderts, gehörte zu den Gründungsmitgliedern der GRÜNEN und unterstützte die Partei in den 1980er Jahren sowohl inhaltlich als auch mit seiner künstlerischen Arbeit.

Vieles hat sich seit 1979 verändert, aber viele Aufgaben auch und gerade im Bereich des Erhalts der natürlichen Lebensgrundlagen sind geblieben oder haben wie die Friedenspolitik neue Aktualität erhalten.

Haushalt 2017: Eine lebenswerte Stadt für alle

Der Haushalt 2017 der Stadt Frankfurt hat ein Volumen von 3,9 Milliarden Euro. Das meiste Geld gibt die Stadt für den sozialen Zusammenhalt und die Bildung aus. Die Koalitionsfraktionen von CDU, SPD und GRÜNEN haben 90 Etatanträge zum Entwurf des Magistrats eingebracht. Unsere grüne Handschrift ist dabei an vielen Stellen sehr deutlich, auch wenn es selbstverständlich Kompromisse gab und wir nicht alles durchsetzen konnten.

Im Folgenden möchten wir einige Themen vorstellen, die gesamten Etatanträge der Koalition finden Sie auf unserer Website.

Geschichte weiter aufarbeiten, Erinnerung wach halten

Bereits in der vergangenen Wahlperiode haben wir uns auf Initiative unseres zwischenzeitlich verstorbenen Kollegen Helmut Ulshöfer mit der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit ehemaliger Frankfurter Stadtverordneter beschäftigt. Für das wissenschaftliche Forschungsprojekt, mit dem die Goethe-Universität beauftragt werden soll, werden in den nächsten Jahren 400.000 Euro bereitstehen. Auch die Verfolgung von homosexuellen Frauen und Männern in Frankfurt von der NS-Zeit bis zur Abschaffung des § 175 Strafgesetzbuch im Jahr 1994 soll aufgearbeitet werden, hierfür gibt es 90.000 Euro.

Die Initiative 9. November wird zusätzlich 33.000 Euro für ihre wichtige Arbeit im Bunker auf dem Gelände der ehemaligen Synagoge in der Friedberger Anlage erhalten und darüber hinaus im nächsten Jahr 35.000 Euro für Investitionen.

Zusammenhalt und Vielfalt der Stadt-gesellschaft stärken

Der Förderverein Roma soll 15.000 Euro mehr für seine wichtige Arbeit erhalten. Das Switchboard der AIDS-Hilfe wird erstmals Geld für den Betrieb als niedrigschwellige Begegnungs- und Veranstaltungsstätte erhalten (20.000 Euro). Wir haben uns auch intensiv mit dem Thema Prostitution beschäftigt und so bekommt der Fachbeirat zur Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes 10.000 Euro für die Moderation und das Streetwork für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter an der Theodor-Heuss-Allee wird mit zusätzlichen 45.000 Euro weiter ausgebaut.

365-Euro-Jahresticket und günstigere Fahrscheine für die Ärmsten

Wir wollen ein 365-Euro-Jahresticket nach Wiener Vorbild einführen. In den Haushaltsverhandlungen konnten wir uns damit leider noch nicht durchsetzen. Es wird aber geprüft, ob und wie auch Frankfurt-Pass-InhaberInnen vergünstigte Einzelfahrscheine – derzeit können sie nur vergünstigte Zeitkarten erhalten – bekommen können.

Frankfurter Weg in der Drogenpolitik weitergehen und weiterentwickeln

Es wird 120.000 Euro für eine „Safer-Night-life-Kampagne“ geben, um die Zielgruppe der Partyszene anzusprechen. Es geht hierbei z. B. um Sicherheit vor Schädigungen durch Substanzenkonsum oder vor sexuellen Übergriffen (KO-Tropfen). Für das Cannabis-Präventions-Projekt „Blended Counseling“ haben wir 89.000 Euro bereitgestellt, es richtet sich an Jugendliche und will insbesondere schadensminimierende Verhaltensweisen vermitteln und fördern.

Drogenkonsumentinnen und -konsumenten sind von erhöhten Infektionsraten von Hepatitis C betroffen. Für die Hepatitis Prophylaxe für Drogenkonsumierende werden 30.000 Euro u. a. für Konsumutensilien-Automaten und Kosten für die Testung bereitgestellt.

Die inklusive Stadt vorantreiben: in der Schule und auf dem Spielplatz

Zwei wichtige Maßnahmen aus dem Bereich der Inklusion an den Regelschulen bringen wir auf den Weg: Die Schulen werden bei der Konzeptentwicklung für den inklusiven Unterricht unterstützt und erhalten hierfür 80.000 Euro, und 160.000 Euro werden wir für die in Sarah Sorges Schulentwicklungsplan vorgesehene Clearingstelle „Schulische Hilfsmittel“ zur Verfügung stellen.

Die Mittel für das Programm für den Neubau und die Wiederherstellung von Spielplätzen haben wir um 150.000 Euro auf eine Millionen Euro angehoben. Zukünftig sollen alle Spielplätze im Sinne der Inklusion gestaltet werden, damit sie zukünftig alle Kinder nutzen können.

Frankfurt Green City

Wir bringen die Green City weiter voran. Rosemarie Heilig hat bereits zwei Millionen Euro für einen Klimaschutzfonds im Haushalt verankert. Die Fraktion hat es erreicht, dass es 800.000 Euro zusätzlich für das Abkühlen von Plätzen und Straßenzügen geben wird und wir so die Klimaanpassung weiter voranbringen können. Zur Förderung von Urban Gardening-Projekten stehen zukünftig 100.000 Euro zur Verfügung. Für die Umweltvorsorge, den Energie- und Klimaschutz und die Grünunterhaltung werden acht zusätzliche Stellen geschaffen und finanziert.

Es wird darüber hinaus Geld für die Realisierung des Radwegs auf der Berliner Straße und für die weitere Beschilderung des Radwegenetzes geben. Die Koalitionsfraktionen haben sich auch darauf verständigt, dass im Rahmen eines Tempokonzepts mehr Lärmschutz erreicht werden soll. Hierzu soll der Magistrat im nächsten halben Jahr ein Konzept vorlegen, ob und auf welchen Streckenabschnitten von Hauptverkehrsstraßen auf Grundlage des von Stefan Majer in Auftrag gegebenen Verkehrsversuchs zukünftig Tempo 30 in der Nacht gelten soll und wo Geschwindigkeitsmeßanlagen zur Tempoüberwachung aufgestellt werden sollen. Die Chance auf Tempo 30 nachts, zumindest auf einigen Straßenabschnitten, steht also recht gut.

Kultur zum Leben

Einen Schwerpunkt haben wir auch im Bereich der Kultur gesetzt. So werden wir in diesem Jahr das „Offene Haus der Kulturen“ im Studierendenhaus in einem ersten Schritt mit einer Anschubfinanzierung von 100.000 Euro unterstützen. Für die Konzepterstellung der von uns geforderten Kulturentwicklungsplanung stehen 200.000 Euro zur Verfügung. Auch die Filmstadt Frankfurt stärken wir deutlich: zur Sicherung der zahlreichen Filmfestivals wie Nippon Connection oder Lichter Filmfest stellen wir zusätzliche 130.000 Euro in den Haushalt ein und für eine Machbarkeitsstudie für das im Koalitionsvertrag vereinbarte Film- und Festivalzentrum 50.000 Euro.

Grün vorbereitet: Viele neue Schulen gehen an den Start

Die Zahl der Schülerinnen und Schülern wächst in Frankfurt seit einigen Jahren enorm. Das macht den Bau vieler neuer Schulen notwendig, und das Finden von passenden Grundstücken ist schwierig. Gleich drei neue Schulen gingen mit Beginn des Schuljahrs 2017/18 an den Start: Die Grundschule im Europaviertel, die Integrierte Gesamtschule (IGS) Kalbach-Riedberg mit den besonderen Schwerpunkten Sprache und Kommunikation sowie die Kooperative Gesamtschule Niederrad mit den interessanten Schwerpunkten Kommunikation und forschendes Lernen. Bereits zum letzten Schuljahr eröffneten die IGS Süd und das Gymnasium Nord.

Diese Kraftanstrengung war durch das hartnäckige Engagement unserer ehemaligen Bildungsdezernentin Sarah Sorge möglich, die im Jahre 2015 den integrierten Schulentwicklungsplan dem Stadtparlament vorgelegt hatte. Auf dieser Grundlage werden neue Schulen gebaut, einige bestehende Schulen erweitert und gute pädagogische Konzepte weiter- und neu entwickelt – und der Ausbau von Ganztagsangeboten vorangetrieben. Beim Ganzttag machen wir uns stark, dass auch wirklich alle Förderungen des Landes von der Stadt Frankfurt abgerufen werden.

Für uns kommt es dabei nicht in erster Linie auf das Türschild an einer Schule an, sondern darauf, was hinter den Türen geschieht. Schülerinnen und Schüler brauchen Schulen, in die sie gerne gehen, in denen sie ihre Potenziale erleben und entfalten können, von den Lehrerinnen und Lehrern lernen, aber auch lernen, wie man untereinander mit Vielfalt zurechtkommt und voneinander profitiert.

Mit den Anmeldezahlen für das Schuljahr 2017/18 ist die Nachfrage an den Integrierten Gesamtschulen um 30 Prozent gestiegen. Das ist deutlich und auch nachvollziehbar, denn im neuen Schulgesetz der Landesregierung ist die Binnendifferenzierung in den Integrierten Gesamtschulen verankert, die einen weiten Raum für Diversität und Inklusion bietet. So wurde die Klassengröße in den Integrierten Gesamtschulen auf 25 Schülerinnen und Schüler gesenkt. Dies dient der Qualität im Unterricht und ist eine Entscheidung, die wir GRÜNE im Land durchgesetzt haben. Zum aktuellen Schuljahr wurden erstmals alle Wünsche nach Inklusion berücksichtigt.

Für uns ist es wichtig, dass für jedes Kind der passgenaue Schulplatz bereitsteht, damit es nach seinen Fähigkeiten und Potenzialen gefördert wird. Es ist unser Ziel, jeder Schülerin und jedem Schüler den Platz in der gewünschten Schulform zu bieten. Vom Kind her denken – das ist der zentrale Gedanke grüner Bildungspolitik.

Geflüchtete bei der Integration unterstützen

In Frankfurt leben aktuell knapp 5.000 Geflüchtete. Die rasche Integration der zu uns Geflüchteten ist eine enorme Herausforderung – auch für Frankfurt. Willkommenskultur auf Frankfurterisch heißt: konkrete Hilfe leisten und Perspektiven bieten. Dafür stehen wir GRÜNE ein und unterstützen entsprechende Projekte.

Wir GRÜNE haben bereits im Jahr 2015 angeregt, ein grundlegendes Konzept zu erarbeiten, damit der Umgang mit Geflüchteten über das gesetzlich geregelte Minimum hinaus human gestaltet wird, damit Integration erfolgreich gelingt.

Dabei sollten besondere Aspekte berücksichtigt werden, zum Beispiel Standards bei der Unterbringung mit Aussagen zur Dauer des Aufenthalts in Gemeinschaftsunterkünften, aber auch Grundsätze und Hilfestellung für die Teilhabe am öffentlichen Leben, Beratung und Hilfe bei der gesundheitlichen Versorgung und der psychosozialen Betreuung (Traumabewältigung), der Beschulung von Kindern und Jugendlichen.

Geflüchtete brauchen weitere besondere Unterstützung bei ihren ersten Schritten zur Integration, bei der gesellschaftlichen Orientierung, beim Spracherwerb und beim Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Wir wollen den Menschen, die geflüchtet sind und dauerhaft bei uns bleiben, eine Perspektive geben. Eine gute Voraussetzung dafür ist, dass so viele wie möglich in den Arbeitsmarkt kommen. Dem vorangestellt ist es wichtig, die Menschen zu beraten.

Beispielhaft sei das von uns GRÜNEN unterstützte Projekt „Comeln“ von beramí e.V. genannt, das geflüchtete Frauen im Hinblick auf deren Integration in den Arbeitsmarkt informiert, berät und deren Kompetenzen feststellt. Das Projekt ist gut besucht und sehr erfolgreich.

Geflüchtete Frauen benötigen einen besonderen Fokus, damit möglichst viele Frauen erreicht werden können. Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, das Projekt zu erweitern und gezielte Anstrengungen zu unternehmen, um weibliche Geflüchtete über ihre Möglichkeiten im Hinblick auf Arbeitsmarktintegration zu informieren, sie gezielt zu beraten und in Qualifizierung, Ausbildung und Arbeit zu vermitteln.

Es gibt aber auch andere Fälle, in denen eine städtische Unterstützung nötig ist, um Menschen in ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Deshalb war es für uns GRÜNE wichtig, das Projekt „FemJa, Zuflucht für junge Frauen“ zu unterstützen, das jungen Frauen ab 18 Jahren im Bedarfsfall eine Zuflucht gewährt. Diese jungen Frauen sind häufig durch ihr bisher völlig fremdbestimmtes Leben, das von Gewalt, Missbrauch, Zwangsheirat oder ähnliche Zwangslagen geprägt war, noch nicht in der Lage ihr neues Leben selbständig zu bewältigen. Sie benötigen für einen gewissen Zeitraum eine engmaschige Betreuung und Hilfe zur Selbsthilfe. Die Nachfrage ist erheblich. Das Projekt findet bundesweit Beachtung und wird durch eine wissenschaftliche Studie der Goethe-Universität begleitet.

Integration heißt für uns, Chancen für ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben zu eröffnen, unabhängig von der sozialen oder geografischen Herkunft. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist es entscheidend, dass sich niemand ausgegrenzt fühlt und sich alle mit Respekt begegnen.

365-Euro-Jahreskarte für Frankfurt einführen

Für einen Euro am Tag mit Bus und Bahn durch ganz Frankfurt – klingt erst einmal utopisch, aber das 365-Euro-Jahresticket ist schon lange keine Utopie mehr. In Wien hat die GRÜNE Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou das Ticket bereits im Jahr 2012 eingeführt und die Anzahl der Jahreskarten hat sich mehr als verdoppelt. Der GRÜNE Verkehrsminister Tarek Al-Wazir hat zu diesem Schuljahr das Schülerticket Hessen zum Preis von 365 Euro Realität werden lassen. Beide haben mit klugen Konzepten gezeigt, dass ein 365-Euro-Jahresticket realisierbar ist.

Wir wollen diesen mutigen Schritt für bezahlbare Busse und Bahnen auch in Frankfurt gehen. Es wäre ein Meilenstein für eine ökologische und soziale Mobilitätspolitik.

In Frankfurt hat die GRÜNE Oberbürgermeister-Kandidatin Nargess Eskandari-Grünberg als Erste ein 365-Euro-Jahresticket gefordert. Als Römerfraktion wollten wir die Einführung mit dem Haushalt 2017 auf den Weg bringen, konnten unsere Koalitionspartner CDU und SPD aber noch nicht überzeugen. Wir werden aber nicht locker lassen.

Die Tarifierpassung 2018 des Rhein-Main-Verkehrsverbunds hat die Diskussion um die Fahrpreise neu entfacht. Es ist gut, dass ab nächstem Jahr auch in Frankfurt die Tageskarte nicht mehr teurer sein wird als zwei Einzelfahrscheine und der Preis der Einzelkarte für Erwachsene um 15 Cent reduziert wird. Das ist ein richtiger Zwischenschritt.

Jetzt braucht es ein Konzept und konkrete weitere Schritte für das Ziel eines 365-Euro-Jahrestickets für Frankfurt.

Der Aufsichtsratsvorsitzende des Rhein-Main-Verkehrsverbundes Peter Feldmann und der Verkehrsdezernent Klaus Oesterling sind aufgefordert, ein belastbares Konzept für ein 365-Euro-Ticket erarbeiten zu lassen. In Wien und Hessen haben GRÜNE vorgemacht, dass es geht.

Das Denkmal der Grauen Busse

Auf dem Rathenauplatz und damit mitten in Frankfurt steht noch bis Mai 2018 „Das Denkmal der Grauen Busse“ der Künstler Horst Hoheisel und Andreas Knitz. Es erinnert an die sogenannte Euthanasie-Aktion T4 der Nationalsozialisten. Die mit grauer Tarnfarbe gestrichenen Busse brachten psychisch kranke, geistig behinderte oder pflegebedürftige Kinder und Erwachsene zwischen 1940 und 1941 zu sechs Tötungsanstalten in Deutschland. Die Nationalsozialisten stuften diese Menschen als „lebensunwert“ ein. Noch heute werden die Namen der Opfer selten öffentlich genannt.

Die Erinnerung und die Auseinandersetzung mit diesen unfassbaren Taten, die jahrelang unter dem Mantel des Schweigens gehalten wurden, ist und bleibt eine gesellschaftliche Aufgabe gegen das Vergessen.

Daher haben wir uns als GRÜNE-Fraktion dafür eingesetzt, dass das Denkmal auch nach Frankfurt kommt. Gesundheitsdezernent Stefan Majer hat das Thema beherzt aufgegriffen und dafür gesorgt, dass diese Ausstellung seit August in Frankfurt zu sehen ist.

Das Denkmal regt zum Nachdenken an – sowohl über die Vergangenheit als auch über das Heute. So konfrontiert es uns mit der Frage: „Wie stehe ich zum Anderssein?“, was sind unsere Vorstellungen von Norm und Normalität? Ebenso bietet das Rahmenprogramm viele Möglichkeiten, sich vertiefend mit dem Thema auseinanderzusetzen. An die Stelle des Schweigens und Verdrängens wird eine Kultur des Sprechens, Erkennens, Begreifens und Handelns gesetzt.

Das Denkmal wird begleitet durch ein medizinhistorisches Programm und die Aufarbeitung der Geschichte des Gesundheitsamtes. Weitere Informationen über das Denkmal erhalten Sie auf:

www.die-grauen-busse-frankfurt.de

Unsere Geschäftsstelle

Wir sind montags bis donnerstags von
9:30 Uhr bis 16:00 Uhr und freitags bis 14:00 Uhr für Sie da.

Die GRÜNEN im Römer

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

Fon: 069/9203478-0

Fax: 069/9203478-10

info@gruene-fraktion.frankfurt.de

www.facebook.com/gruene.im.roemer

Unser Newsletter

Wir halten Sie gerne auf dem Laufenden, abonnieren Sie dazu einfach unseren Newsletter oder besuchen Sie unsere Website:

<http://www.gruene-frankfurt.de/newsletter>

www.gruene-frankfurt.de

V.i.S.d.P.: Manuel Stock, Geschäftsführer